



Natur, Bildung und Soziales, Bürger informieren Bürger e.V.

www.nabis.de

.....Oktober 2007

Nabis – Rundbrief, Herbst 2007

- Naturschutz hier und heute: Die Sürther Aue ist in Gefahr!!.....S.2
- Unterschriftenliste für das Bürgerbegehren. Abgabetermin: 22.11.07 !!!.....S.3
- Erfolg für Baumschützer in der Groov. Wie war das möglich?S.4
- Hier der beschlossene Änderungsantrag. Sehr lesenswert!!.....S.6
- Baumschutzveranstaltung im Dezember in Düsseldorf, langfristig wichtig!!..... S.7
- Die Chipko – Bewegung, Baumschutz in der Geschichte S.7
- Greenpeace kritisiert ein Leben auf Pump...richtig so!S.8
- Baumschutz im Bereich von Baustellen. Immer aktuell!..... S.10
- Schäubles Kampf gegen die angebliche TerrorgefahrS.12
- Teil 1: Die Terrorverdächtigen in Deutschland hätten die ihre zugeschriebenen Sprengstoffe kaum herstellen können. Hoch interessant!.....S.12
- Teil 2: „Terroristen“ waren doch nicht ganz echt. Merkwürdig.....S.15
- Teil 3: Schäuble importiert CIA und Gestapo –Methoden. Hammer!.....S.15
- Der 11.9 und der Dokumentar Film „Loose Change“. Ankucken !!!.....S.16
- Termine und Veranstaltungen. Hingehen..... S.17- S.19

Liebe Naturfreunde!!

Direkt nach dem Kampf um die Bäume an der Kölschen Riviera in Rodenkirchen, gab es in Porz - Zündorf eine neue Front: Die Pappeln an der Zündorfer Groov sollten schrittweise sämtlich abgeholzt werden.

Das Problem: Die Stadt Köln und das Grünflächenamt hatten es versäumt den Pappel-Baum-Bestand an der Groov so zu pflegen und so umzugestalten, daß der Landschaftscharakter („grüne Kathedrale“) langfristig und problemlos erhalten bleiben kann. Jetzt, da die Bäume mittlerweile ein gewisses Alter erreicht haben und manche von ihnen krank sind, sollte alles hopp die hopp abgesägt werden. Der ansehnliche und majestätische Charakter der Groov wäre für Jahre zerstört gewesen und hätte eher „Baumschulen-Charakter“ angenommen.

Zunächst gab es nur sehr geringen Widerstand in Zündorf. Aber die Aktivisten aus den Gruppe „Kölsche Baumschützer“ und dem Verein Nabis e.V. halfen vor Ort eine Bürgerinitiative

aufzubauen, die die Bäume bisher tatsächlich verteidigen konnte.

Aber kaum war dieser Erfolg errungen, beschloß der Kölner Stadtrat am 30.08.7 die Zerstörung der Sürther Aue im linkrheinischen Kölner Süden. Hier ist dadurch nun die nächste Aktionsfront entstanden, nämlich dieses schöne Naturschutzgebiet (!) zu erhalten. Momentan konzentriert sich alles darauf 25.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren zu sammeln.

Neben diesen Naturschutzthemen habe ich hier zwei Artikel aufgenommen, die von **grundsätzlicher Bedeutung** sind. Es handelt sich nicht um den Bestand an Bäumen, sondern um den Bestand unserer Verfassung: der momentane Innenminister und oberste Schützer der deutschen Verfassung W. Schäuble versucht eine extrem verfassungsfeindliche Politik zu etablieren. Es ist skandalös, wie die Massen Medien Geschichten erfinden, die ein Klima von Angst in der Bevölkerung erzeugen sollen und wie der

Innenminister dann genau damit Gesetze verändern will, die eigentlich unveräußerlich aus unserer Verfassung hervorgehen. Vorbild ist die USA. Die permanenten Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan und dem Irak und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sind den Massen Medien jedoch kein Thema wert. Die Anwendung von Folter ist jetzt in den USA höchst offiziell zugegeben und erlaubt....

Zu Guter letzt ein Filmtipp zum Thema die Medien und der 11.9: ich möchte noch Hinweisen auf den

Film „**Loose Change**“, eine hoch spannende Dokumentation über die Anschläge vom 11.9. mit ganz neuen Betrachtungen. Der Film ist bereits 100.000-mal aus dem Internet heruntergeladen worden. Wir haben ihn aber auch in deutscher Übersetzung auf DVD - kostenlos. Wer den Film noch nicht hat, kann ihn bei mir gegen Porto bestellen.

Ottmar Lattorf

Naturschutz, hier und heute

Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen setzt sich für die Erhaltung der Sürther Aue ein

Internetadress: www.suerther-aue-retten.de

Die Sürther Aue ist in Gefahr!

Wo und Was ist die Sürther Aue?

Die Sürther Aue ist ein Naherholungsgebiet im linksrheinischen südlichen Köln. Es ist ein herrliches Auengebiet etwas südlich von Köln Rodenkirchen, in Sürth am Rhein. Ein Ausflug lohnt sich: Straßenbahnhaltestelle Nr. 16 Richtung Bonn, Haltestelle Sürth oder einfach mit dem Fahrrad den Rhein entlang fahren. Die Aue ist ein bislang noch intaktes Naturschutzgebiet mit einem einzigartigen Halbtrockenrasen von 16 ha. Sie ist ein Lebensraum für viele, teilweise seltene Tiere, die z.B. Europarechtlich geschützte Vögel. Die Sürther Aue ist ein wichtiger Retentionsraum, d. h. Überschwemmungsfläche im Falle von Hochwasser. Und diese Sürther Aue soll komplett zerstört werden zugunsten eines Containerhafens, den man aber noch bauen muß.

Wer will bauen?

Bauen möchte die HGK, die Häfen und Güterverkehr AG. Die HGK AG ist durch Teil-Privatisierung 1992 aus dem Kölner Hafenamt hervorgegangen und befindet sich nun „im scharfen Wettbewerb mit anderen Anbietern“. Sagen sie. (siehe www.hgk.de) Eigentümer der HGK sind zu 54,5 % eine „Holding“ mit Namen die Stadtwerke Köln GmbH, zu 39% die Stadt Köln und zu 6,3% der Erftkreis. („Holding“= eine Form der Organisation national wie international tätiger profit-orientierte Unternehmen, die man von einer bestimmten Größe „Konzerne“ nennt)

Obwohl:

- **der Ausbau ist rechtswidrig.** Ein ausgewiesenes Naturschutzgebiet darf nicht zerstört werden. Der Ausbau des Hafens würde gegen das Naturschutzgesetz des Landes NRW verstoßen (§ 34 (2) LG NRW).
- Es gibt **keinen Ausgleich** für die Anwohner! Weder ist die geplante Maßnahme (auf eigener HGK Fläche) qualitativ gleichwertig noch ist irgendein Ausgleich für die Anwohner im Kölner Süden auszumachen.
- Es würde **zusätzlicher Lärm** rund um die Uhr durch Containerbewegungen, Eisenbahnbewegungen und LKW-Verkehr entstehen.
- Im Falle von **Hochwasser** ist ein Hafenbecken kein Überschwemmungsgebiet. Die Container könnten im Ernstfall nicht schnell genug gesichert werden und die Industrieanlagen der Shell, Basell und Degussa würden früher überflutet.

Gibt es Alternativen?

Ja, aber die möchte die Stadt nicht ernsthaft prüfen: Der Hafen in Köln - Niehl könnte zum Teil eine Alternative zum Ausbau in Godorf sein. Im Moment ist der Hafen zum großen Teil mit hafenfremdem Gewerbe belegt. Oder: der Deutzer Hafen, der ist befreit worden von einer Hafennutzung, weil das Gebiet als

Immobilienstandort für große Investoren ausgesucht wurde und ähnlich dem neuen Rheinauhafen- „entwickelt“ werden soll. Auf Kosten der Lebensqualität der Bürger.

Was kostet das ganze?

Ca. 60 Mio. Euro Hafenausbaukosten, die die Stadt Köln bzw. Sie/wir investieren sollen!! Die Bürgerinitiativen sagen, dass das Geld in anderen Bereichen besser angelegt wäre, wie z.B. Schwimmbäder, Kinderbetreuung, Schulen u.ä.m.

Ist das Ganze denn wirtschaftlich?

Nein! Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit ist im „Baum-Gutachten“ (8/2007) nicht erbracht. Es beruht auf unrealistischen und veralteten Annahmen. Es gibt genügend Kapazitäten in den Kölner Häfen.

Das Gutachten ist von der HGK, dem Betreiber der Kölner Häfen in Auftrag gegeben. Allein daraus ergibt sich die Frage, ob dieses Gutachten neutral sein kann. Die dargestellten Zusammenhänge sind „schöngerechnet“.

Ist es wieder eine Steuergeld-Verschwendung ?

Ja, so ähnlich wie der Messe-Neu-Bau oder die Nord-Süd-U-Bahn.

Gibt es weiter Hintergründe?

Ja! Vor über 20 Jahren wurde der lange geplante neue Hafen in Köln- Worringen (SPD-Wählerhochburg) aus politischen Gründen zur Schwächung der traditionellen CDU-Wählerhochburg im Kölner Süden nach Godorf verlagert. Außerdem versucht die Stadt Köln Aufträge für die Großkonzerne (Bau-Konzerne) zu Lasten des allgemeinen Haushaltes zu organisieren.

Was ist beschlossen?

Der Kölner Stadtrat hat am 30.08.2007 „endgültig“ den Hafenausbau zu Lasten der Natur und der Menschen beschlossen.

Was kann man nun machen?

Die Bürgerinitiativen haben ein Bürgerbegehren gegen den Hafenausbau gestartet. Das heißt, daß die Initiativen 25.000 Unterschriften sammeln müssen, damit das Bürgerbegehren überhaupt stattfinden kann. Also 1. Schritt: Unterschreiben! Falls ihr keine Unterschriftenliste habt, bitte (hier: www.buergerbegehren-hafen.de) könnt ihr die offizielle Unterschriftenliste ausdrucken.

Baumschutz aktuell

Post an die Baumschützer in Zündorf:

„Hallo Frau L.!

Seit dem Frühjahr bin ich verärgert und traurig über den Vandalismus der Behörden (die große gefällte Pappel am Grillplatz war mein "Lieblingsbaum"). Ohne Ihr/euer Engagement in dieser Sache, wäre ich - und vermutlich viele andere – nicht über die weiteren Pläne der Stadt informiert gewesen... Ihrer/eurer Öffentlichkeitsarbeit ist es zu verdanken, das die Groov nicht platt gemacht wird! Dafür möchte ich mich bei Ihnen/euch herzlich bedanken! Leider kann ich heute nicht zur BV-Sitzung kommen, da ich leider einen wichtigen Termin habe... ich hoffe, das die Änderungsvorlage so wie gehofft verabschiedet wird!

Wir sehen uns vermutlich nächsten Mittwoch.

Grüße, H. Felder

<http://www.h-felder.de> (Achtung, dieses ist auch eine interessante Webseite.)

Erfolg der Baumschützer in der Zündorfer Groov (Köln)

Vorher: „325 Bäume sollen an der Groov gefällt werden.“

Nachher: „Für die Groov ist ein Pflegeprogramm zu entwickeln, das vorsieht, jeden Baum so lange wie möglich zu erhalten.“

Nach sechs- monatigem, intensiven Bemühen, den Pappebestand an der Zündorfer Groov (einem beliebten Naherholungsgebiet) im Kölner Süden möglichst zu erhalten, konnten die engagierten, ortsansässigen Bürger einen Erfolg im Sinne der Naturerhaltung verbuchen. Das ist schon das zweite Mal in diesem Jahr, daß die Kölschen Baumschützer in loser Zusammenarbeit mit dem Verein Nabis e.V. die völlig übertriebenen "Pflegemaßnahmen" der Stadt Köln massiv beeinflussen konnten. Vor einem halben Jahr sind die Baumschützer mit ihrem Engagement auch schon im Kölner Vorort Rodenkirchen erfolgreich gewesen. Dort konnten sie der Bezirksvertretung, die Bäume im Spülsaumbereich des Flusses fällen lassen wollte, nachweisen, dass die geplanten Maßnahmen mit Rechtsvorschriften kollidieren! Daher schritt zum guten Schluß der Regierungspräsident (Kontrollbehörde!) ein, so daß es nicht zur Beugung von Naturschutzrecht und zu Fällung und Rodung kam. (Siehe Nabis Rundbrief Frühjahr 2007!) Doch was ist in Zündorf geschehen? Wie haben die Bürgerinitiativen dieses erfreuliche Ergebnis zustande gebracht? Besonders spannend wird die Frage, wenn man dazu die Überschrift des Kölner Express am 12.09.07 mit dem Titel ließt: „Politiker verhinderten Kahlschlag“.

Schön wärs gewesen, aber der Express irrt oder ist unzureichend gut informiert.

Hier die Geschichte:

Im April 2007 erreichte die Bürgerinitiative „Kölsche Baumschützer“ in Rodenkirchen und den Verein Nabis e.V. in Raderberg ein beeindruckender Brief einer Mutter von vier Kindern über die geplante und zum Teil auch schon vollzogene Abholzung von Bäumen im Gebiet" der Zündorfer Groov im rechtsrheinischen Kölner Süden. (Brief siehe unten!) Die Ausgangslage bestand darin, daß

sich das Grünflächenamt der Stadt Köln ein Gutachten der renommierten Gutachter- Firma Reinartz und Schlag hat erstellen lassen. Das Gutachten lief darauf hinaus, das alle Bäume,- -es handelte sich um Pappeln- so schwer krank seien, daß sie sofort gefällt werden müssten, da sie eine Gefahr für die Bürger darstellten, die unter ihren Baumkronen unterwegs seien.

Diese Bäume mit Ihren Baumkronen über den Wegen nennen die Bürger von Zündorf die „grüne Kathedrale“, Porz. Die Verwaltung mahnte die sogenannte „Verkehrssicherungspflicht“ an und teilte mit, sie müsse umgehend handeln, d.h.sägen. Im Übrigen handele es sich nur um alte Pappeln. Zwischen diesen drei Argumentationen (1. Gutachten = die Bäume sind krank, 2.Verkehrssicherungspflicht = wir müssen sägen, 3. es handele sich „nur um Pappeln“= is' eh' alles wertlos) sprang die Verwaltung, gutachterlich unterstützt, hin und her und versuchte, so die Bürger von der Notwendigkeit zu überzeugen, bereichsweise insgesamt ca 300 Bäume fällen zu müssen. Zwischenzeitlich wurden die Spazierwege an der Groov mit Verbotsschildern abgesperrt, die auf die vermeintlichen Gefahren hinwiesen, doch niemand nahm die Schilder ernst.

Die Arbeit der Baumschützer bestand erst einmal darin, einerseits das Gutachten zu überprüfen, sich die geplanten Maßnahmen von den Behörden erklären zu lassen und andererseits die Bevölkerung über ihre Sicht der Dinge zu informieren.

Die Erfahrungen der Kölschen Baumschützer mit Gutachtern in Rodenkirchen waren durchwachsen und gaben Anlass zu Misstrauen gegenüber gutachterlichen Stellungnahmen. Erst durch die weitere Überprüfungen der Bäume durch unabhängige Baumpfleger aus den Reihen des Verein Nabis kamen auch andere Einschätzungen auf den Tisch: die Bäume sind nicht derart schlimm erkrankt und altersbedingt morsch, wie das, von der Stadt

beauftragte, Gutachten glauben macht. Eine gut ausgebildete Baumpflegerin konnte das Gutachten plausibel relativieren und den Baumschützern Mut machen, weiter für eine andere Vorgehensweise und gegen bereichsweise geplante Fällung einzutreten.

Obwohl es Gesetze gibt, die die Verwaltung dazu verpflichten, solche Dokumente (hier: ein von dem Grünflächenamt in Auftrag gegebenes Gutachten) öffentlich zugänglich zu machen, waren die Zündorfer Politiker nicht sonderlich kooperativ gegenüber Baumschützern und interessierten Bürgern und wollten das Gutachten, mit dem sie geplante Fällungen rechtfertigten, nicht zugänglich machen. Obwohl es ein Amtsgeheimnis heutzutage nicht mehr gibt, müssten sich die Baumschützer auf eingetragenen Wegen - und gegen den ausdrücklichen Willen der Politiker das Gutachten beschaffen.

In der Argumentation des Grünflächenamtes und der Politiker zur Fällung der Bäume tauchte neben dem angeblich schlechten Zustand der Bäume, ausgewiesen durch das Gutachten, auch immer wieder die sog. „Verkehrssicherungspflicht“ der Behörden auf. Dieses vermeintliche „Argument“ wurde auch schon in Rodenkirchen und an anderen Brennpunkten vorgetragen.

In kühler Kalkulation auf die juristische Unwissenheit und Naivität der Bürger wird dieses All-Zweck-Argument für das Abholzen von Bäumen von den Behörden standardmäßig immer wieder präsentiert. Die Initiative mußte sich auch hiermit auseinandersetzen und stellte fest, daß es zwar eine solche Verkehrssicherungspflicht gibt, daß diese aber oft über alle Maßen überstrapaziert und überinterpretiert wird und daß diese, -wie andere Pflichten auch, Grenzen hat. So auch hier.

Wir verfaßten entsprechende Flugblätter und informierten die Bevölkerung.

Die Presse reagierte zunächst gar nicht, war im Laufe der Auseinandersetzung aber zunehmend bereit, auch über die Standpunkte der Baumschützer zu berichten. Nicht jeden Beitrag hielten wir für ausgewogen und hinreichend sachlich, dennoch bedanken wir uns für die Berichterstattung.

Die Baumschützer informierten regelmäßig die Bevölkerung über neue Aspekte, zum Beispiel

zur Ansiedlung von Fledermäusen in den besagten Bäumen, zu konkret geplanten Maßnahmen, zum ökologischen Wert verschiedener Pappelarten, zu Meinungen der Politiker, die über die Baumfällaktion noch zu entscheiden hatten, u.s.w.

Die Aktionen zielten darauf ab, die Bürger, die zu uns kamen oder unsere Flugblätter lasen, so weit wie möglich über den tatsächlichen Sachstand zu informieren. Wir wollten sie soweit in die Lage versetzen, im Sinne der Baumerhaltung mit ihren Nachbarn, Freunden oder Parteigenossen zu diskutieren.

Von den Behörden wurde immer wieder behauptet, daß die Pappeln, um die es in der Groov geht, schon viel zu alt seien und darüber hinaus ökologisch keinen Wert hätten. Wir stellen jedoch fest, daß dies ein Vorurteil ist, das manchmal sogar von den etablierten Umweltverbänden, wie z.B. dem NABU geteilt wird. Weitergehende Untersuchungen kommen zu anderen Schlußfolgerungen und bestätigen auch den Hybridpappeln eine erhebliche, ökologische Wertigkeit.

Von einem bestimmten Zeitpunkt an verbreiterte sich die Unterstützung der Bürger und die Baumschützer luden wöchentlich zu Versammlungen ein.

Eines Tages wurden einzelne Politiker, die über die Bäume 2 Tage später entscheiden sollten, zu Stellungnahmen unter den betreffenden Bäumen eingeladen. Hierbei stellten sich die Politiker selber als nicht besser informiert dar, als die engagierten Bürger, denen sie Unkenntnis unterstellen. Die Politiker verstanden allerdings, es gibt Widerstand vor Ort, der gut begründet ist und sich nicht ignorieren lässt. Die Entscheidung über die Fällung wurde in der BV7-Sitzung im August 07 erst einmal um einen Monat vertagt.

Eine andere Arbeit der Bürgerinitiative bestand darin, Briefe über Briefe, Anfrage über Anfrage zu verfassen und abzuschicken. Briefe an die Politiker und an die Verwaltung auf der nächst höheren Ebene, z.B. des Stadtrates oder der Bezirksregierung. Auch bundesweit bekannte Politiker, Vorsitzende von Parteien, die mit den Parteien vor Ort zu tun hatten, wurden angeschrieben oder angefragt. Es wurden viele Register gezogen. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde gebeten, auch in Köln Porz Zündorf und nicht nur in der Arktis für Umwelt- und Klimaschutz einzutreten. Sie ist Schirmherrin des bekannten CDU- Inselsestes auf der Groov und es galt die

Gefahr abzuwenden, diese Inselfest in Zukunft in einer "Baumschule" veranstalten zu müssen. Das wiederum interessierte die Boulevardpresse und sie schrieb über die Aktion und noch mehr Menschen wurden auf die Geschichte aufmerksam.

Zum Schluß war eine intelligent agierende und entschlossene Bürgerinitiative entstanden, die spürbaren Druck auf die Bezirksvertreter ausübte, sodaß diese und das Grünflächenamt mit all ihren fragwürdigen Argumenten nun auch öffentlich etwas vorsichtiger agierten. Das Resultat liest sich schön: „Für die Groov ist ein Pflegeprogramm zu entwickeln, das vorsieht, jeden Baum so lange wie möglich zu erhalten.“ So hieß es plötzlich im „Änderungsantrag zum Konzept zur Umgestaltung der Grünanlage Groov“. Beantragt und einstimmig beschlossen in Porz

Ottmar Lattorf

mit redaktionellen Änderungen von Harald von der Stein (Kölsche Baumschützer)

Hier das Resultat: das Original Dokument des beschlossenen Änderungsantrags findet ihr unter: www.nabis.de Änderungsantrag.

Hier der Text: (Unterstreichungen waren im Original nicht vorhanden)

„CDU, SPD, Grüne, FDP in der Bezirksvertretung Köln-Porz

Herrn Oberbürgermeister Fritz Schramma Rathaus Köln
50667 Köln Herrn Bezirksvorsteher Horst Krämer
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70 51143 Köln

Sitzung der Bezirksvertretung 7 am 13.9.2007. Änderungsantrag zu **TOP 6.1.2.**
Konzept zur Umgestaltung der Grünanlage Groov in Köln-Porz-Zündorf

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Für die Groov ist ein Pflegeprogramm zu entwickeln, das vorsieht, jeden Baum so lange wie möglich zu erhalten. Der Umbau des Pappelbestandes an der Groov soll **langfristig** erfolgen. Das heutige gesamte Erscheinungsbild der Groov ist so gering wie möglich zu verändern. Der Charakter der Grünanlage ist beizubehalten.

Der Pflanzen- und Tierwelt (z. B. Schmetterlinge, Fledermäuse) muss die Möglichkeit zur Anpassung an die notwendige Umgestaltung gegeben werden.

So weit möglich, soll die Standsicherheit durch Verschlankungen der Baumkronen (seitliche Reduzierungen der Baumkronenflächen) verbessert werden. Bäume, die gefällt werden müssen, sind durch standortgerechte Baumarten (heimisches Gehölz, z. B. Schwarzpappeln, Eschen, Erlen, Eichen, Ulmen) zu ersetzen. Zusätzliche Neuanpflanzungen sind frühestmöglich auf den jetzt schon vorhandenen Freiflächen in den Bereichen Süd 1-3 und Nord vorzunehmen. Genaue Standorte sind mit den Groov- Paten abzustimmen und der Bezirksvertretung vorzulegen. Neu- und Ersatzpflanzungen sind mit Bäumen mit einer Höhe von mindestens 4,50 Meter vorzunehmen.

- Zündorf am 13. September 2007. Den genauen Beschluß könnt ihr weiter unten nachlesen! Schließlich werden nicht überall die Bäume und die Bürger mit Samt-Handschuhen angefasst!

Fazit:

Es zeigte sich, daß sich der Widerstand gegen unsinnige Baumfällaktionen vor Ort lohnt. Es zeigt sich, daß Politiker manchmal völlig unsinnige Maßnahmen favorisieren, die sich dann doch noch von mündigen Bürgern korrigieren lassen. Es *zeigte* sich, dass die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Bürgerinitiativen wirksam sein kann gegen gewählte Vertreter, die bisweilen in Selbstherrlichkeit die Bodenhaftung verlieren und Unverständliches beschliessen und unter Machtmissbrauch durchsetzen wollen.

2. Die pflegerischen Arbeiten sind durch Fachfirmen, in Abstimmung mit dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, sowie dem Gutachter, vorzunehmen. Hierbei sind die Verschlankungen auf die "kranken" Bereiche der Bäume zu beschränken. **Die Arbeiten sind so auszuführen, dass die Bäume so lange wie möglich erhalten werden können.** Vorgesehene Baumfällungen sind der Bezirksvertretung Köln-Porz frühzeitig mitzuteilen, ebenso im Nachhinein die Protokolle der durchgeführten Arbeiten.

3. Sofortmaßnahmen:

Der Fällung von 5 nicht mehr standsicheren Bäumen im Herbst 2007 wird zugestimmt. (Bereich Süd 5 = 4 Bäume, Süd 6 = 1 Baum) **In 2007 werden darüber hinaus keine weiteren Bäume gefällt.** Von den 85 Pappeln entlang des Weges und den 50 weiter zurückliegenden Pappeln sowie den 38 Pappeln im Bereich Süd 3 (vgl. Plan S. 14 und 15, sowie Liste S. 29) werden im Herbst 2007 nur diejenigen eingekürzt bzw. gekappt, die erkennbare und für die Stabilität problematische Schäden aufweisen.

Die Maßnahmen sind auf die kranken Bereiche der Bäume zu beschränken und so auszuführen, dass die Chance auf einen längerfristigen Erhalt der Bäume besteht.

Vor Ausführung aller vorgesehenen Arbeiten legt die Verwaltung der Bezirksvertretung eine Liste der vorgesehenen Einzelmaßnahmen (mit Nennung der Baumnummern) mit Begründung vor und erläutert diese im Rahmen einer Begehung mit der Bezirksvertretung. Zu dieser Begehung werden auch die unter Punkt 13 genannten Baumpaten eingeladen.

4. Langfristige Maßnahmen:

Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich mindestens zweimalig Begehungen der Groov durchzuführen, um durch intensive Inaugenscheinnahme die verbliebenen Pappeln zu kontrollieren, damit zeitnah auf mögliche Beschädigungen der Bäume reagiert werden kann. **Fällungen werden nur vorgenommen, wenn beobachteten Schäden nicht durch pflegerische Maßnahmen begegnet werden kann. Zu den Begehungen sind die Baumpaten frühzeitig einzuladen.** Das Ergebnis der Begehung ist der Bezirksvertretung vor Ausführung der Maßnahmen vorzulegen.

5. Außerhalb der Verkehrswege im Uferbereich ist der Natur eine weitere Möglichkeit zur Anpassung zu geben. Die dort vorhandenen Pappeln bleiben stehen.

6. Die während des Zeitraums der pflegerischen Maßnahmen mit schwerem Gerät befahrenen Wege und Grünflächen müssen zeitnah wieder hergerichtet werden.

7. Der nördliche Teil der Groov und der Weg vom Marktplatz zur Fähre sind kurzfristig so herzurichten, dass sie ohne Einschränkungen begangen werden können unter Beachtung der vorgenannten Punkte.

8. Am südlichen Teil der Groov soll durch Beschilderungen an den Enden der Wege auf die möglichen Gefahren hingewiesen werden.

9. Die Bezirksvertretung empfiehlt, den Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde über alle geplanten Maßnahmen frühzeitig vor Beginn zu informieren.

10. Die auf der Groov stehenden Bänke, sowie der entfernte Unterstand am südlichen Ende des oberen Teichs, sind sukzessiv mit den pflegerischen Maßnahmen zu erneuern.

11. Bei den pflegerischen Maßnahmen auf der Groov sollen im gesamten Bereich in Bezug auf Größe und Anzahl ausreichend Mülleimer oder -boxen aufgestellt werden.

12. Es ist zu prüfen, wo im Bereich der Groov eine öffentliche Toilettenanlage installiert werden kann. Der Standort ist mit der Bezirksvertretung Köln-Porz abzustimmen.

13. Um zukünftige Maßnahmen zu begleiten und der Verwaltung und der Bezirksvertretung zusätzliche Hilfestellung zu geben, **sollen alle 2 Jahre Groov-Paten vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ernannt werden.** Diese Groov-Paten sollen sowohl die pflegerischen Maßnahmen anregen und begleiten, darüber hinaus aber auch die Nutzung der Groov beobachten. Als Groov-Paten sollen z.B.

- Frau Ruth Lui, Auf dem Loor 57, 51143 Köln,
- Frau Judith Langer, Houdainer Straße 1, 51143 Köln,
- Herr Wolfgang Ruschel, Hauptstr. 173, 51143 Köln,
- der Verein "Die Groov-Paten" benannt werden.

14. Um dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung zu tragen, beauftragt die Bezirksvertretung Köln-Porz Ordnungsamt und Polizei die Groov in ihre regelmäßigen Kontrollgänge einzubeziehen. Heinz R. Steinmetz Willi Stadoll Dieter Redlin Dominik Schmidt Stv. Frakt.-Vors. Frakt.-Vors. Frakt.-Vors. Bezirksvertreter“

Baumschutzveranstaltung in Düsseldorf im kommenden Dezember 07

Hallo an alle Baumschützer,

Auf Einladung des BUND trafen sich am 15.9.07 in Düsseldorf Bilk Herr Meister, Mitglied des Landesvorstandes des BUND NRW, sowie BUND-Mitstreiter aus Wuppertal, Herford und Aachen mit diversen Baumschutz- Initiativen. Vertreten waren die Himmelgeister Baumgeister, die Düsseldorfer Baumschützer und die Kölschen Baumschützer lrh + rrrh !!!

Ziel der Veranstaltung war und ist die Vorbereitung einer offiziellen Veranstaltung am 8.12.2007 in Düsseldorf, bei der es um die Frage geht, wie landesweite Mindestanforderungen an Baumschutz erreicht und festgeschrieben werden können.

Hintergrund dieser Überlegungen ist auch die Tatsache, dass immer mehr Städte mit den üblich fadenscheinigen Argumenten ihre Baumschutzsatzungen abschaffen und so viele Bäume der "Vernunft" freier Bürger ausgeliefert werden.

Daneben agieren Grünflächenämter und die Verwaltungen generell zunehmend besessen und engstirnig unter Berufung auf die Verkehrssicherungspflicht. Im Grunde unser Thema, die kölschen Baumschützer lrh+rrh sollten sich weiter beteiligen.

Vereinbart haben wir, dass es am 13.10.2007 ein Treffen von BUND und der Baumschutzinitiativen geben soll, die schon heute im Netzwerk "Bürger

für Bäume" zusammenarbeiten, bzw aufeinander verweisen.

Der BUND wird sich mittelfristig bemühen, herauszufinden, ob und welche Baumschutz - Initiativen in NRW- Kreisen, Städten, wie auch immer, existieren in denen er selbst aktiv ist. Symbol diese Treffens, als auch Treffpunkt, soll die Kastanie in Düsseldorf Himmelgeist sein. Sie steht in der Rheinaue an einer

Weggabelung und ist besonders geeignet das Bild zu prägen von Menschen und Initiativen, die aus verschiedenen Richtungen kommen, sich am Thema Baum und Baumschutz versammeln und in verschiedene Richtungen wieder auseinander gehen, ohne das zentrale verbindende Thema aus den Augen zu verlieren.

In diesem Baum in der Rheinaue der Landeshauptstadt sahen alle Beteiligten den geeigneten Treffpunkt, um den Ansatz, "Baumschützer in vielen Städten und Kreisen NRW's in Zusammenarbeit mit dem BUND, weiter zu verfolgen. Der Bekanntheitsgrad des Baumes wird dabei hilfreich sein.

Ausserdem haben sich an der Himmelgeister Kastanie Kölsche und Düsseldorfer Baumschützer am Tag des Baumes erstmalig getroffen.

Grüsse

Harald von der Stein

Baumschutz in der Geschichte

Chipko-Bewegung in Indien

Die Chipko-Bewegung (Chipko Movement) war eine Bewegung von Dorfbewohnern – vor allem Frauen – in der Region Uttarakhand (Uttaranchal) in Indien, die sich **gegen die kommerzielle Abholzung** und die daraus resultierende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen wandten. Bekannt wurde die Chipko-Bewegung für ihre Methode, Bäume zu umarmen, um deren Fällung zu verhindern; der Name der Bewegung stammt vom Hindi-Wort für „Umarmen“.

In den 1970er Jahren wurde im indischen Himalayagebiet vielerorts massiv abgeholzt.

Insbesondere wurden die lokal angepassten Banj (Himalaya-Eichen)-Wälder abgeholzt und durch rentablere, aber standortfremde und nicht angepasste Baumarten ersetzt. Dies führte zu einer starken Beeinträchtigung des Ökosystems, Erosion und Überschwemmungen nahmen zu und beeinträchtigten die Lebensgrundlagen der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund kam es im April 1973 im Dorf Mandal im Alakananda-Tal zur ersten spontanen Chipko-Aktion. Dort hatte eine Sportartikelfirma eine Konzession für die Nutzung

des Waldes erhalten, welche den Dorfbewohnern zuvor verweigert worden war, als diese Holz zur Herstellung von Werkzeugen gewinnen wollten. Ermutigt von einer lokalen NGO und angeführt von der Aktivistin Chandi Prasad Bhatt, gingen die Frauen des Ortes in den Wald, bildeten einen Kreis um die Bäume und hinderten die Holzfäller daran, den Wald abzuholzen.

In den folgenden Jahren weitete sich die Chipko-Bewegung weiter aus. Einflussreiche Führer der Chipko-Bewegung waren Chandi Prasad Bhatt und Sunderlal Bahuguna. Auch Vandana Shiva war in den 1970er Jahren in die Bewegung involviert.

Vielerorts gelang es der Chipko-Bewegung, Abholzungen zu verhindern. 1987 wurde die Chipko-Bewegung mit dem „Alternativen Nobelpreis“ ausgezeichnet.

Grundsätzliches:

Raubbau an Ressourcen Greenpeace kritisiert »Leben auf Pump«

und fordert global faire Wirtschaft für eine begrenzte Welt. Die Menschheit hat bereits alle weltweit zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen, die die Erde in diesem Jahr reproduzieren kann, erschöpft. Alle Rohstoffe, die ausgebeutet werden, jeglicher Müll, der erzeugt wird, und alle Treibhausgase, die in die Atmosphäre gelangen, können auf natürliche Weise nicht mehr verarbeitet werden. Wie die Umweltschutzorganisation Greenpeace am Freitag bekanntgab, sei die von Wissenschaftern des in Kalifornien ansässigen Global Footprint Networks und der Londoner New Economic Foundation an Hand des sogenannten ökologischen Fußabdruckes errechnet worden.

Zu den sichtbarsten Hinweisen auf den Raubbau an der Natur zählen demnach Klimawandel, Überfischung, Abholzung von Wäldern und Bodenerosion. Der Zeitpunkt des »ökologischen Schuldentages« werde jedes Jahr früher erreicht. Für Greenpeace belege diese Entwicklung das Versagen von Politik und Wirtschaft, ökologisch umzusteuern. Nur mit einer veränderten, global fairen Ökonomie lasse sich diese Krise bewältigen.

»Ab jetzt leben wir Menschen für den Rest des Jahres ökologisch auf Pump«, sagte Andree Böhling, Energieexperte von Greenpeace. »Da wir

weltweit mehr Ressourcen verbrauchen, als die Erde zur Verfügung stellt, treiben wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen in den Ruin. Die Zerstörung einzigartiger Ökosysteme, Bodenerosion, Überfischung und die Abholzung der Wälder sind die Folge.« Dies hätten Politik und Industrie bis heute nicht verstanden, so Böhling. Besonders deutlich werde der Raubbau am Beispiel der Braunkohle: Deren Verfeuerung sei die klimaschädlichste und ineffizienteste Art, Energie zu erzeugen. Zudem würden durch das Abbaggern der Braunkohle wertvolle Naturräume unwiederbringlich zerstört.

Mit dem »ökologischen Fußabdruck« läßt sich nach Greenpeace-Angaben der Bedarf des Menschen an Ernährung, Konsum sowie Energie und seine Auswirkungen auf die Umwelt erfassen. Die Größe des Fußabdrucks entspricht demnach der Fläche, die benötigt wird, um Rohstoffe zu reproduzieren und Schadstoffe abzubauen. Vergleiche man den Fußabdruck mit der weltweiten Fähigkeit der Ökosysteme, Ressourcen zu erneuern und Abfälle aufzunehmen, ergibt sich das Datum des »ökologischen Schuldentages«. (ots/jW)

Aus: www.jungewelt.de vom 06.10.2007

Baumschutz auf Baustellen

„...Daß gerade Bodenverdichtung an Baumscheiben, Beschädigung der Krümmelstruktur des Erdreiches, eine besonders perfide Art der Schädigung ist, weil das feine Wurzelwerk beschädigt wird, und der Baum durch die verdichtete Erde kein Wasser mehr bekommt, und keine Nährstoffe ziehen kann, es aber von außen kaum zu sehen ist und irreparabel...“

Baumschutz auf Baustellen

Umweltschutzinfo Nr. 31 Stadt Siegen (... gilt auch für Köln!) Der Bürgermeister Abteilung Umwelt

Durch Baumaßnahmen werden auch in Siegen immer wieder Bäume geschädigt. Am häufigsten betroffen ist der Wurzelbereich unter der Kronentraufe, aber auch Beschädigungen an Stamm und Krone können Bäume ernsthaft gefährden. Dabei gibt es zum Schutz von Bäumen ausführliche und eindeutige Regelungen. Mit ihrer Hilfe lassen sich Schäden an Wurzeln, Stamm oder Krone vermeiden oder zumindest in Grenzen halten. Die Möglichkeiten zum Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen sollen in diesem Faltblatt näher vorgestellt werden.

Grundlage für den Baumschutz in Siegen ist die Siegener Baumschutzsatzung. Ihr Geltungsbereich umfasst die gesamten im Zusammenhang bebauten Flächen im Stadtgebiet sowie die Geltungsbereiche von Bebauungsplänen. Es sind alle Maßnahmen verboten, die geschützte Bäume zerstören, schädigen oder wesentlich in ihrem Aufbau verändern. Hierzu gehören z.B. Abgrabungen, Aufschüttungen, Versiegelung oder die Anwendung von Streusalzen oder Unkrautvernichtungsmitteln unter Gehölzen.

Die fachliche Grundlagen für einen effektiven Baumschutz sind in Normen und Regelwerken enthalten. Ihre Anwendung wird bei der Durchführung von Baumaßnahmen im Bereich von Bäumen von der städtischen Umweltabteilung gefordert, ihre Einhaltung wird kontrolliert. Zu beachten sind insbesondere:

DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen

– Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen (RAS-LP4).

Auch bei zu erhaltenden Bäumen, die noch nicht das erforderliche Maß für eine Unterschutzstellung nach der Baumschutzsatzung erreicht haben, werden grundsätzlich die Schutzmaßnahmen nach den genannten Regelwerken gefordert.

In den Regelwerken werden zahlreiche Maßnahmen zum Schutz von Bäumen detailliert beschrieben.

Sie sollen im weiteren Verlauf kurz vorgestellt werden. Weitergehende Einzelheiten und Skizzen sind der DIN 18920 oder der RAS-LP4 zu entnehmen:

• Schutz vor chemischen Verunreinigungen:

Die Wurzelbereiche von Bäumen oder anderen Gehölzen dürfen nicht durch pflanzen- und bodenschädigende Stoffe wie z.B. Lösemittel, Mineralöle, Säuren, Laugen, Farben oder Zement verunreinigt werden.

• Schutz vor Feuer:

Feuerstellen dürfen nur in mindestens 5m, offene Feuer nur in einem Abstand von mindestens 20m von der Kronentraufe von Bäumen und Sträuchern entfacht werden.

• Schutz vor Vernässung:

Die Wurzelbereiche von Bäumen und Vegetationsflächen dürfen nicht durch baubedingte Wasserableitungen vernässt oder überstaut werden.

• Schutz von Bäumen gegen mechanische Schäden:

Zum Schutz vor mechanischen Schäden (z.B. Abreißen der Rinde, des Holzes oder der Wurzeln, Beschädigung der Krone) durch Baustellenfahrzeuge sind Bäume im Baubereich durch einen Zaun zu schützen, der den gesamten Wurzelbereich umschließt. Als Wurzelbereich gilt die Bodenfläche

unter der Kronentraufe zuzüglich 1,50m (bei säulenförmigen Bäumen zzgl. 5m).

Ist eine Umzäunung aus Platzgründen nicht möglich, ist der Stamm mit einer abgepolsterten, mindestens 2m hohen Bohlenummantelung zu schützen.

- **Schutz des Wurzelbereiches bei Bodenauftrag:**

Im Wurzelbereich soll kein Auftrag von Böden oder anderem Material erfolgen. Ist dies im Einzelfall

nicht zu vermeiden, soll der Bodenauftrag sektoral erfolgen. Es darf nur grobkörniges, luft- und wasserdurchlässiges Material (z.B. Kies, Schotter) aufgetragen werden. Beim Auftragen darf der Wurzelbereich nicht befahren werden.

- **Schutz des Wurzelbereiches gegen Bodenabtrag:**

Im Wurzelbereich von Bäumen darf der Boden nicht abgetragen werden.

- **Schutz des Wurzelbereiches beim Aushub von Gräben und Baugruben:**

Gräben, Mulden oder Baugruben dürfen im Wurzelbereich nicht hergestellt werden. Ist dies im Einzelfall nicht zu vermeiden, darf ihre Herstellung nur in Handarbeit erfolgen. Der Abstand vom Stammfuß sollte mindestens 2,50m betragen. Beim Verlegen von Leitungen soll der Wurzelbereich möglichst unterfahren werden. Beim Aushub von Gräben dürfen Wurzeln mit einem

Durchmesser größer 2 cm nicht durchtrennt werden. Ist auch dies nicht zu vermeiden, sollten

sie schneidend durchtrennt und anschließend mit wachstumsfördernden Mitteln oder Wundbehandlungsmitteln behandelt werden.

Freigelegte Wurzeln sind umgehend durch ein Vlies gegen Austrocknung und Frosteinwirkung zu schützen. Sind Abgrabungen mit Wurzelverlust unvermeidlich, soll ein sog.

Quelle:

DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen – Ausgabe August 2002

Hrsg: Normenausschuss Bauwesen (NABau) im DIN Deutsches Institut für Normung e.V. Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil Landschaftspflege, Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen (RAS-LP4). – Ausgabe 1999 -

Hrsg: Forschungsgesellschaft für Strassen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe Strassenentwurf

Abbildungen aus dem Merkblatt: Baumschutz auf Baustellen, Nov. 2001

Hrsg: Arbeitskreis Stadtbäume der Gartenamtsleiterkonferenz des Deutschen Städtetages

Wurzelvorhang erstellt werden, der während der Bauzeit ständig feucht zu halten ist. Müssen im Einzelfall Bauwerksgründungen vorgenommen werden, sind statt durchgehender Fundamente

Punktfundamente zu errichten, die mindestens 1,50m voneinander und vom Stammfuß stehen dürfen.

- **Schutz des Wurzelbereiches vor Befahren:**

Der Wurzelbereich darf durch Befahren oder Abstellen von Maschinen und Fahrzeugen, Baustelleneinrichtungen oder Baumaterial nicht belastet werden. Ist dies während der Bauzeit nicht möglich, soll die belastete Fläche möglichst klein gehalten werden und gleichzeitig mit mind. 20 cm wasserdurchlässigem Material abgedeckt werden. Hierauf soll eine feste Auflage zum Befahren (z.B. aus Bohlen oder Stahlplatten) gelegt werden.

- **Schutz von Bäumen bei vorübergehender Grundwasserabsenkung:**

Bei Grundwasserabsenkungen, die länger als 3 Wochen dauern, sind Bäume während der Vegetationszeit im gesamten unversiegelten Wurzelbereich zu wässern. Bei länger andauernden Bauzeiten sind diese Vorkehrungen ggfs. durch zusätzliche Maßnahmen (z.B. Auslichten der Krone, Verdunstungsschutz) zu ergänzen.

- **Schutz des Wurzelbereichs von Bäumen bei Bodenfestigungen:**

Im Wurzelbereich von Bäumen sollen keine Bodenbeläge verlegt werden. Ist dies nicht zu vermeiden,

sollen möglichst wasserdurchlässige Beläge mit geringen Tragschichtdicken verwendet, geringe

Verdichtungen oder eine Anhebung des Belages über Geländeniveau vorgenommen werden.

Schäubles Pseudo- Kampf gegen den angeblich Terrorgefahr im
September 07. Teil 1

**Schäuble sagte: “Riesige Terroranschläge standen unmittelbar bevor”
aber:**

Die Terrorverdächtigen in Deutschland hätten die ihr zugeschriebenen Sprengstoffe kaum herstellen können

Aus : „Berliner Umschau“ am 10.09.07

Von Karl Weiss

**Als Chemiker muss man sich denn doch wundern, mit welcher Unbekümmertheit BKA,
Staatsanwaltschaft, Innenministerium und Landes-Innenminister vermutlich freche Lügen verbreiten.
Mit Wasserstoffperoxid, auch in der konzentrierten Lösung, kann ein „Möchte-Gern-Terrorist“
keinesfalls einen handhabbaren funktionierenden Sprengstoff herstellen!**

Polizei, BKA, Staatsanwälte und Innenminister Schäuble verkündeten unisono, Terroranschläge riesigen Ausmaßes (größer als die Madrid-Anschläge mit 200 Toten) seien mit den Festnahmen von ein paar Spinnern in einem Ferienhaus im Sauerland verhindert worden. Die Terroranschläge seien „in letzter Minute“ verhindert worden.

Die ausgerüsteten Moslems hätten sich konzentrierte Wasserstoffperoxid-Lösung beschafft, das ausgereicht hätte, eine große Anzahl riesiger Terroranschläge auszuführen – und sie seien bereits kurz vor der Durchführung gestanden.

Man kann keineswegs mit Wasserstoffperoxid und anderen Ingredienzien einen handhabbaren Sprengstoff herstellen, ohne über fortgeschrittene Kenntnisse der Emulsionschemie, Monate von Produktionszeit und eine gut ausgerüstete chemische Fabrik zu verfügen.

Der Sprengstoff Acetonperoxid, der immer wieder in den Behauptungen von Offiziellen im Zusammenhang mit Terrorismus auftaucht, ist absolut unbrauchbar als Terror-Sprengstoff. Es gibt bis heute keinen Hinweis, dass er schon einmal bei einem Terroranschlag verwendet wurde. Die Londoner Anschläge vom 7.Juli 2005 wurden zunächst von Scotland Yard mit Acetonperoxid in Verbindung gebracht, aber als es später angebracht erschien, die „vier britischen Jungs“ als Alleintäter ohne Hinterleute hinzustellen, verschwand die These vom Acetonperoxid von der Bildfläche.

Später waren angeblich erneut eine Vielzahl von Terroranschlägen geplant im UK, angeblich hätten Terroristen 200 Flugzeuge zum Absturz bringen wollen (allerdings wurden nur 19 Gruppenmitglieder gefunden und es blieb ungeklärt, wie 19 Mann 200 Flugzeuge in Selbstmordakten hätten hochjagen sollen), der Sprengstoff sei Acetonperoxid und man könnte ihn auf einer Flugzeugtoilette zusammenmischen und herstellen. Alle Flüssigkeiten wurden in einer hysterischen Reaktion hierauf aus dem Handgepäck in Flugzeugen verbannt und man verkündete fröhlich, die Bestandteile „könne man in jeder Apotheke kaufen“.

Siehe hierzu auch den Artikel „...in jeder Apotheke erhältlich.“

<http://karlweiss.twoday.net/stories/2812575/>

Auch dies war nichts als Angstmache und ein Lügengebäude. Bis heute konnte man keinem der angeblichen Terroristen in England genügend nachweisen, um überhaupt vor Gericht gestellt zu werden. Am Ende werden sie wahrscheinlich unter einem Generalparagrafen wie „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ oder ähnlichem abgeurteilt, die man immer anwendet, wenn man keine konkreten Taten nachweisen kann.

Auch die deutschen Terroristen, die man jetzt genau rechtzeitig zur Bundesinnenministerkonferenz auffliegen liess, haben gute Chancen, lediglich mit Generalparagrafen, die im Kern Gesinnung verurteilen, zu einer Verurteilung gebracht werden zu können.

Acetonperoxid ungeeignet als Terror-Sprengstoff

Warum ist Acetonperoxid als Terror-Sprengstoff völlig ungeeignet?

Entweder er wird nach der Herstellung vom Wasser abfiltriert und getrocknet, dann fliegt er den Amateur-Terroristen im gleichen Moment um die Ohren, wenn er trocken ist. Er explodiert dann nämlich schon bei Sonnenlicht, auf leichten Schlag oder auf eine Temperaturerhöhung. Er ist schlicht und einfach nicht handhabbar und kann daher für Sprengstoffanschläge nicht in Frage kommen. Er kann zum Beispiel nicht in einem Auto transportiert werden, weil die Strassenunebenheiten ihn schon in die Luft jagen würden.

Oder er wird als Emulsionssprengstoff in Wasser hergestellt. Dann nennt man diesen Sprengstoff Apex. Er wird in flüssiger Form in Plastikwürste gepresst, die man dann in Bohrlöchern anbringt. Gegenüber den Dynamit-Stangen hat er den Vorteil: Die Plastikwürste sind beweglich und passen sich an die Form jedes Bohrlochs an. Apex ist im Bergbau ein gebräuchlicher Sprengstoff. Um ihn herzustellen, muss man das bei der Herstellung anfallende feste Acetonperoxid (genau gesagt: eine Mischung aus den Dimeren und dem Trimeren davon) in einer öligen Flüssigkeit lösen, die ihrerseits wiederum in Wasser emulgiert wird, darum heisst er Emulsionssprengstoff. Es dürfte nicht mehr als 10 oder 20 Personen auf der Welt geben, die diese Technik beherrschen, spezielle Emulsionsschemiker mit wahrscheinlich mehr als dreissig Jahren Erfahrung auf diesem Gebiet.

Warum ist es so kompliziert, einen solchen Sprengstoff herzustellen? Zunächst muss man eine ölige Flüssigkeit kennen, die hierfür geeignet ist, also das Acetonperoxid sehr gut löst und gleichzeitig gut und stabil in Wasser emulgiert werden kann. Dann muss man die geeigneten Emulgatoren und Stabilisatoren kennen, wahrscheinlich eine Kombination von mindestens fünf Substanzen in unterschiedlichen Anteilen, die das Acetonperoxid nicht aus der Lösung im Öl verdrängen und gleichzeitig eine absolut stabile Emulsion des Öls (mit dem Acetonperoxid drinnen) in Wasser garantieren, auch wenn die Emulsion höheren Temperaturen oder niedrigen Temperaturen ausgesetzt ist. Zur Herstellung sind daher auch Spezialkessel in einer chemischen Fabrik notwendig.

Wer schon einmal versucht hat, stabile Emulsionen (für andere Zwecke) zu erzeugen, kann ein Lied von diesen Schwierigkeiten singen – wie z.B. der Autor.

Der Aufwand, die einzelnen Komponenten zu besorgen - was Spuren hinterlässt - und dann eine Produktion von Apex in Gang zu bringen, was Monate gedauert hätte, bevor die Mengen für große Anschläge fertig gewesen wären, ist für wirkliche Terroristen völlig unakzeptabel. Man legt Spuren und muss dann noch Monate weitermachen, bevor

man zur Ausführung schreitet. Da ist die Wahrscheinlichkeit aufzufliegen schon fast zur Sicherheit geworden.

Demgegenüber gibt es in jedem größeren Bergbauunternehmen große Lager von Sprengstoff. Man kann mit einem Einbruch an sie herankommen oder aber auch einen unterbezahlten Arbeiter dort bestechen, sie herauszuschmuggeln. Das geht schnell und man hat den Sprengstoff gleich anwendungsbereit zur Verfügung.

Es kann also mit Sicherheit gesagt werden, die ausgeflippten Möchte-gern-Terroristen vom Sauerland konnten unmöglich der Ausführung von Terroranschlägen auch nur nahe gekommen sein – und das unabhängig von der Frage, ob die hochkonzentrierte Wasserstoffperoxid-Lösung durch eine niederkonzentrierte ausgetauscht worden war oder nicht.

Falls ihnen wirklich jemand in einem Terroristen-Ausbildungskamp in Pakistan beigebracht haben sollte, man könnte Acetonperoxid als Terrorsprengstoff herstellen und verwenden, so ist die Ausbildung in diesem Kamp grottenschlecht und man kann ruhig weiterhin Konvertiten zum Islam dort ausbilden lassen, ohne sich um die angebliche Gefahr von Terroranschlägen zu sorgen.

Eher wahrscheinlich ist allerdings, die deutschen und US-Dienste hatten einen ‚agent provocateur‘ in der Gruppe, der sie anleitete, einen Rohstoff für Sprengstoffe zu beschaffen, der sowieso nicht verwendet werden kann, so dass man später eine wirkliche Tat hat, wegen der man verurteilen kann.

Dass die zum mohammedanischen Glauben Konvertierten allerdings auf so primitive Tricks hereinfliegen, würde schon zeigen, von ihnen wäre in hundert Jahren noch keine wirkliche Gefahr ausgegangen. Um Terrorist zu sein, reicht es nicht, einen festen Glauben in Allah zu haben, man muss auch handwerkliches Können in terroristischer Alltagsarbeit haben. Hier scheint es sich aber eher um Personen gehandelt zu haben, die nie über unverdaute Hassgefühle auf die westlichen Mächte hinausgekommen sind und sich von einem alten Spezialisten mit Verbindungen zu einer „Islamischen Dschihad Union“ in Usbekistan an der Nase herumführen liessen.

Diese Terrororganisation gibt es nämlich wirklich. Sie wurde von der CIA aus der Taufe gehoben, als man auch die Al Quaida schuf und als man die Taliban durch massive Unterstützung mit Geld, Waffen und Ausbildung zu einer bedeutenden Organisation machte, weil man damals nämlich die wildgewordenen Islamisten auf die Sowjettruppen in Afghanistan hetzte. So besteht über die gemeinsame Herkunft aus CIA-Gruppen und CIA-Günstlinge auch wirklich eine Verbindung zu Al

Quada, denn das war nie etwas andere als das Kodewort für eine Unterorganisation des CIA unter Führung des US-Vertrauten Osama Bin Laden, die zuerst gegen die Sowjets in Afghanistan, dann gegen die Serben in Bosnien und später gegen Russland in Tschchenien eingesetzt wurde.

Seltsam, dass alle deutschen Massenmedien diese einfachen Zusammenhänge der US-Regierung mit all diesen Gruppen „aus dem Gedächtnis verloren“ haben, obwohl man entsprechende Zeugnisse finden kann, wenn man will.

Mit genau dieser US-Regierung hat man aber „vertrauensvoll zusammengearbeitet“ bei der Überwachung der angeblichen Terrorgruppe. Mit dem Urheber der Terrorgruppe bei deren Überwachung zusammenzuarbeiten ist eigentlich nicht gerade das Angebrachte, oder?

Widersprüchliches, wohin man sieht

Aber zumindest die schreiendsten Widersprüche in den Aussagen gegenüber der versammelten Presse hätten den Massenmedien auffallen müssen – aber auch hier Fehlanzeige. Brav als Hündchen der Bundesregierung – „die Stimme seines Herrn“-berichtet man nacheinander über die sich widersprechenden Aussagen.

Einmal behauptete man, die Terroranschläge hätten „unmittelbar bevorstanden“, dann heisst es, es sei über mögliche Anschlagziele bisher nur Gespräche geführt worden, während eine dritte Stimme bereits weiss, der Frankfurter Flughafen und die US-Einrichtungen in Ramstein seien das Ziel gewesen.

Was denn nun?

Am 8. September kommen neue Widersprüche. Die „Süddeutsche“ titelt: „Anschläge sollten noch im September ausgeführt werden.“ Und schreibt: „Die Festnahme im Sauerland kam gerade noch rechtzeitig.“ Drei Kleintransporter seien bereits besorgt gewesen, mit denen als Autobomben Anschläge in Deutschland getätigt werden sollten. Wann man denn die grossen Mengen Sprengstoff hergestellt hätte, für die ja Monate der Produktion notwendig gewesen wären, hat niemand geklärt. Doch dann kommt auch schon das Dementi: Man wisse nicht, zu was die Kleintransporter dienen, verlautet aus der Bundesanwaltschaft.

Erst hiess es, alles sei fertig gewesen für die Anschläge, dann, es seien erst die ersten Mengen von Wasserstoffperoxid-Lösung beschafft worden – andere Ingredienzien gab es noch gar nicht, dann: Die Lösung sei durch eine verdünnte ausgetauscht worden, die gar nicht für die Reaktion verwendet werden kann – wie hätten dann bald Anschläge ausgeführt werden können?

Dass die Anschläge unmittelbar bevorstünden, wurde daraus geschlossen, das die beschaffte Wasserstoffperoxid-Lösung nur eine Woche lagerfähig sei („Welt“), nur liest man in einer anderen Quelle, die Mengen seien von Februar bis August besorgt worden. Ob die „Welt“ der Meinung ist, seit Februar sei in etwa eine Woche vergangen?

Zuerst wurde erzählt, die Terroristen-Anwärter hätten sich hochgradig subversiv verhalten, denn sie hätten versucht, mögliche Überwachung abzuschütteln (böse Jungs, nicht? Das macht man doch nicht!), dann: Sie hätten bemerkt, dass sie unter ständiger Überwachung standen (es stand im Mai ja auch in „Focus“, hier: http://www.focus.de/politik/deutschland/focus_aid_56080.html), hätten aber ihr Vorhaben ungerührt weiter verfolgt. Na, das ist aber hochgradig subversiv, was? Einfach weitermachen, das hatte die Polizei nicht erwartet. Das muss eine höhere Form von Subversivität sein, nicht? Vielleicht jene, die man „Nicht mehr alle Tassen im Schrank“ nennt?

Nachdem durch irgendein Leck im Mai die ganze Story an „Focus“ kam, schlug man aber nicht sofort zu, sondern vertraute offenbar darauf, die Terroristen werden schon nicht Focus lesen. So gab man einem Teil der Gruppe Zeit rechtzeitig unterzutauchen. Ist das die Art von Polizeiarbeit, die in Deutschland üblich ist? Oder wollte man genau das, damit der (die?) Spitzel verschwinden konnte(n), ohne Aufsehen zu erregen?

BKA-Präsident Zierke erklärte, es seien in diesem Fall insgesamt 49 Personen unter Beobachtung, die Sprecherin der Bundesanwaltschaft Kneuer dagegen nannte diese Grössenordnung „unrealistisch“. Wie denn nun?

Vielleicht sollten unsere Sicherheitsorgane, Massenmedien und Innenminister zuerst mal einen Kurs machen „Wie lüge ich, ohne dass es auffällt?“- bevor sie sich das nächste Mal an die Öffentlichkeit wagen. Dass sie selbst nicht darauf kommen, kann man ja verstehen, aber hat ihnen niemand gesagt, dass man sich auf EINE Version einigen muss, bevor man an die Öffentlichkeit geht?

Was sollten aber all diese Lügen? Angst erzeugen, eine Hysterie wecken. Dann würde man rasch die neuen Überwachungsmassnahmen und neuen Gesinnungsstraftaten durchsetzen – und niemand hätte es richtig gemerkt vor lauter Angst vor den bevorstehenden Terroranschlägen.

Es fragt sich wirklich, wer mehr „einen in der Waffel“ hat, die Konvertiten, die nicht bemerkt haben, wie sie von Sicherheitskräften für deren Zwecke missbraucht wurden, oder diese selbst, die uns achtzehn verschiedene Versionen erzählen und glauben, wir würden es nicht bemerken.

Veröffentlicht: 10. September 2007

http://www.berlinerumschau.com/index.php?set_language=de&ccpage=10092007ArtikelPolitikWeiss

Teil 2:

Am 5. Oktober 2007 meldete AP und ddp folgendes:

»Terroristen« nicht ganz echt

Köln. Im Fall der Anfang September im Sauerland verhafteten angeblichen Terroristen hat der baden-württembergische Verfassungsschutz die Echtheit eines Bekennerschreibens einer usbekischen Terrororganisation namens Islamische Dschihad-Union (IJU) angezweifelt. Wie das ARD-Magazin »Monitor« am Donnerstag per Vorabmeldung berichtete, äußerte der Terrorismusexperte des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Benno Köpfer, starke Bedenken. So sei merkwürdig, daß das Schreiben in Türkisch verfaßt wurde und nicht wie bisher bei der IJU in englischer oder usbekischer Sprache. Köpfer bezweifelt außerdem, daß es die IJU als Terrororganisation überhaupt real gibt: »Die Islamische Dschihad-Union, so wie sie sich uns darstellt, ist erst einmal eine Erfindung im Internet und hat nur eine Präsenz im Internet.« Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft gingen davon aus, daß die drei Verdächtigen von der IJU gesteuert wurden. (AP/ddp/jW)

aus: www.jungewelt.de vom 05.10.2007

Teil 3

Die Grenze zur Willkür wird immer häufiger überschritten Schäuble importiert CIA-Gestapo-Methoden

Berlin: Juristen kritisieren weltweiten Abbau von Grundrechten unter Vorwand der Terrorabwehr. Duldung und Vertuschung von CIA-Entführungen durch EU-Staaten angeprangert

Wir erleben eine globale Erosion der Menschenrechte«, faßt Gerald Staberock die Entwicklungen der letzten Jahre beim sogenannten Kampf gegen den Terror zusammen. Staberock arbeitet bei der Internationalen Juristenkommission in Genf und sprach Ende vergangener Woche auf der Konferenz »Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz«, die Amnesty International, der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein und das neu gegründete Europäische Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte in Berlin durchführten. Im Zentrum standen die Entführung von Terrorverdächtigen (»renditions«) durch den US-Geheimdienst CIA und die weltweite Aufweichung des Folterverbots.

Staberock konstatierte, daß seit den Terroranschlägen von 2001 in den USA Regierungen weltweit darangehen, menschenrechtliche Begrenzungen beiseite zu räumen. »Die militärische Sicht in der Antiterrorbekämpfung stärkt die Tendenz, daß Rechtswege und Gerichte zurückgedrängt werden«. Es werde ein »Klima des Generalverdachts« gegen bestimmte religiöse und Ausländergruppen geschaffen. Daß Geheimdienste und Polizei zunehmend vernetzt werden und dabei systematisch

Informationen verwenden, die unter Folter erpreßt wurden, komme einem »Kkomplizentum« gleich, so der Jurist. Der Ulmer Rechtsanwalt Manfred Gnjidic schilderte ein Beispiel aus der Praxis: Einer seiner Mandanten war in Pakistan inhaftiert und vom dortigen Geheimdienst gefoltert worden und hatte daraufhin das gewünschte »Geständnis« einer Zusammenarbeit mit Al Qaida geliefert. Obwohl selbst der pakistanische Oberste Gerichtshof die Freilassung des Mannes anordnete, stützt sich auf diese Aussage nun ein Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen den Mann.

Gavin Simpson, Mitarbeiter des Sonderermittlers des Europarates Dick Marty, berichtete über das Entführungsprogramm der CIA. Die Entführungen seien keine vereinzelt Maßnahmen, sondern Ausdruck eines »hochsystematisierten und weltumspannenden Netzwerks« aus Planungs- und Versorgungszentren, Umsteigepunkten und Geheimgefängnissen. Den Rahmen hierfür habe größtenteils die NATO geschaffen. Man müsse davon ausgehen, daß zumindest in Polen und Rumänien geheime CIA-Gefängnisse existiert hätten. Eine umfassende Aufklärung werde von den europäischen Staaten aber unter dem Vorwand der »nationalen Sicherheit« hintertrieben. Notwendig

sei es, die NATO-Truppenabkommen auf ihre Vereinbarkeit mit der Europäischen Menschenrechtskonvention zu überprüfen.

Daß die europäischen Staaten schrittweise das Verbot aufweichen, Menschen an Folterregime auszuliefern, kritisierte der niederländische Völkerrechtsprofessor Theo van Boven. Dies gelte nicht nur für die Duldung der CIA-Machenschaften, sondern auch für »reguläre« Ausweisungen. Die EU-Staaten verließen sich dabei auf diplomatische Nicht-Folter-Zusagen, die jedoch völlig unverbindlich seien. In einer abschließenden Podiumsdiskussion forderte der Völkerrechtler Norman Paech, der für die Linksfraktion im Bundestag sitzt, am absoluten Folterverbot festzuhalten. Der frühere Bundesinnenminister

Gerhart Baum (FDP) warnte vor »achselszuckender Gleichgültigkeit« angesichts der Gefahr, »in einen entgrenzten Präventivstaat zu laufen«. Angesichts der internationalen Vernetzung von Polizeien und Geheimdiensten müßten auch Menschenrechtler verstärkt zusammenarbeiten.

»Die militärische Sicht in der Antiterrorbekämpfung stärkt die Tendenz, daß Rechtswege und Gerichte zurückgedrängt werden«. Gerald Staberock, Internationale Juristenkommission Genf

aus: www.jungewelt.de am 08.10.2007, Von Frank Brendle

„Krieg gegen den Terror“: 6 Jahre danach: Was geschah wirklich am 11.9. 2001 in New York und Washington?

**Öffentliche Vorführung des Dokumentarfilms
„Loose Change“ USA/ 2005 ca. 90 Min. möglich**

Der Dokumentarfilm „Loose Change“ aus den USA ist einer der meistgesehensten Dokumentar - Film der letzten Jahre. Er hat kein Copyright und ist bereits mehr als 100.000 Millionen mal aus dem Internet

erhöhen, die Demokratie in der USA auszuhöhlen und vieles mehr.

heruntergeladen worden. Wir verschenken die deutsch synchronisierte Fassung.

Der 11. September 2001 ist entsprechend der offiziellen Darstellung von US-Regierung und Massen-Medien ein Terror - Anschlag der islamischen Al Kaida gewesen. Doch sechs Jahre später sind die umfangreichen Zweifel an dieser Version nicht ausgeräumt, sondern haben sich mehr und mehr verstärkt. Weltweit werden viele Fragen, Ungereimtheiten und Widersprüche diskutiert. Mittlerweile wird von Angehörigen der Opfer, Wissenschaftlern und Journalisten eine unabhängige Untersuchung der Anschläge vom 11. September 2001 gefordert.

Tatsache ist: Der 11. September 2001 wurde von der Bush –Administration zum Anlaß genommen Kriege zu legitimieren, internationale Rechte zu brechen, innere Repressionen gegen Andersdenkende zu

Tatsache ist auch, daß sich die deutsche Regierung der offiziellen Version **sklavisch** anschließt, obwohl die Bush schon häufig des Lügens überführt wurde.

Unter dem Hinweis auf den sogenannten „internationalen Terror“ werden auch hierzulande Bürgerrechte eingeschränkt, Kontrollen verschärft, private Computer durchwühlt.... Bundesinnenminister Schäuble hat unlängst vorgeschlagen Terrorverdächtige zu erschießen oder sie ohne Gerichtsurteile wegzusperren. Auch Folter sei, wenn die USA das durchführe im Prinzip okay ... All das mit der Begründung, daß der internationale islamische Terror am 11.9. gezeigt hat, zu was er in der Lage sei. Daher die Frage, was hat sich tatsächlich am 11. 9 abgespielt?

Termine und Veranstaltungen

- **Was blüht den da noch? Botanischer Rundgang durch die schöne Raderberger Brache**
am Sa. 13. Okt. 2007, ab 15 Uhr, Treffpunkt Kierberger Str.2, ehem. AWO-Häuschen

- **Weltkonferenz der Ethnotherapien.** Siehe www.institut-ethnomed.de
am 12.-14. Oktober 2007 in **München** (ca. 300 Euro)

- **Sitzung der Kölschen Baumschützer in Zündorf**, im Landhaus Zündorf, Am Markt 27
am Mi. 17.Okt. 2007, 19.30 Uhr im Landhaus Zündorf

- **Manu Chao**, World-Musik, Reggae, im Palladium, Mühlheim (ca. 25 Euro)
am So. 21. Oktober 2007. 20 Uhr

- **Vollmondtreffen**, am Do. 25.Oktober

- **Das Schattenkabinett aus Gütersloh. Drahtzieher bei Privatisierung, Sozialabbau und Militarisierung.** Bertelsmann-kritische Tagung in **Frankfurt a.M.** (Eintritt 8 Euro)
Am Sa. 27.Oktober 2007, 10-18 Uhr, FH Frankfurt, Gebäude 2, Nibelungenplatz 1
Weitere Infos: www.attac.de/frankfurt

- **Internationaler Wilhelm Reich Kongress.** (siehe: www.wilhelm-reich-kongress.de)
am Sa. 3.11 und So. 4. 11. 2007 in **Berlin**, Ort: Kaiserin-Friederich-Stiftung für das ärztliche Fortbildungswesen, Robert Koch Platz 7, 10115 Berlin (Eintritt ca. 300 Euro)

- **Hexenverfolgung. Zur Durchsetzung sexueller Zwangsmoral in Europa. Vortrag** von Ottmar Lattorf. Am 15.11.07 in der Fachhochschule für Wirtschaft **Berlin**, Badensche Str.50/51

- **Die aktuelle Lage im Irak** mit Dr. Faris Al Sammawi,
am 24.11. 2007, 16 Uhr, Bayenstraße 11, Köln Südstadt, Veranstalter: Freidenker

- **Bhajan-Singen** (Mantras und Rainbow Songs) singen mit Jopi am 25.11.07 und am 17.12.07 , 19.00 Uhr, jeweils im Menschenreise Yoga Atelier, Alteburger Str. 250, Köln Bayenthal.

- **Nachhaltigkeit nachhaltig lernen.** Eine kulturkreative Konferenz für Bildungswillige, Bildungspflichtige und – anbietende, vom 24.11.2007 bis 25.11.2007 in Klein Jasedow, Mecklenburg, (info: www.eaha.org) (Eintritt ca. 50 Euro)

- Theodorakis grüsst den Schatten Che Guevaras. Lyrische Lieder gegen den Strom**
Musik von dem griechischen Ausnahme-Komponisten Mikis Theodorakis in einer völlig ungewöhnlichen Weise vorgetragen, am So. 09.12.07, 17 Uhr. Köln Aula der Musikhochschule. Siehe auch die Internetseite: www.talyrika.de

Hier noch der Hinweis auf zwei Vortragsreihen in Berlin, die wir auch in Köln realisieren könnten, wenn man nur die Räumlichkeiten dafür hätten....

Entstehung und Überwindung von Gewalt in Mensch – Natur – Gesellschaft Veranstaltungsreihe von Bernd Senf

- 04.10.07 Materielle, emotionale und spirituelle Entwurzelung –
Über tiefere Ursachen von Gewalt
- 11.10.07 Archäologische und ethnologische Spuren liebevoller Gesellschaften
(Maria Gimbutas, Bronislav Malinowski, Verrier Elwin, Jean Liedloff)
- 18.10.07 Das Matriarchat: Zeit ohne Herrschaft und Krieg – mit **Bernd Hercksen**
- 25.10.07 Kosmische Ursachen globaler Katastrophen? (Immanuel Velikovsky)
- 01.11.07 Irdische und kosmische Wurzeln der Menschheit (Zecharia Sitchin)
- 08.11.07 Historische Entstehung und Ausbreitung von Gewalt: Die Saharasia-These –
mit **James DeMeo**
- 15.11.07 Hexenverfolgung, Sexualunterdrückung und Zerstörung der Spiritualität –
mit **Ottmar Lattorf**
- 22.11.07 Gewalt als Geburtshelfer des Kapitalismus: (Karl Marx)
- 29.11.07 Die Entwicklung des Kapitalismus und Kolonialismus:
Von der offenen zur strukturellen Gewalt
- 06.12.07 Die strukturelle Gewalt des Zinssystems und ihre Überwindung (Silvio Gesell)
- 13.12.07 Geldschöpfung und die Macht der Banken (Frederick Soddy, Stephan Zarlenga)
- 20.12.07 Börsenfieber und kollektiver Wahn – Zur Problematik der Finanzspekulation
- 10.01.08 Vorschläge für eine grundlegende Geldreform (Irving Fisher, Joseph Huber) –
mit **Klaus Karwat**
- 17.01.08 Regionalwährungen zur Wirtschaftsbelebung von Regionen:
Der Münchener „Regio“ – mit **Isabella Maria Weiss**
- 24.01.08 Die Wiederentdeckung des Lebendigen – Die Lösung der Blockierung
ist die Lösung: Gemeinsamkeiten zwischen Schauberger, Reich und Gesell
- 31.01.08 Wirbelbewegung als universelles Prinzip: Grundlagen einer lebensenergetisch
begründeten Wissenschaft – mit **Hanspeter Seiler**
- 07.02.08 Mit der Natur bewegen anstatt gegen sie (Viktor Schauberger) –
mit **Jörg Schauberger**
- 14.02.08 Wüstenbegrünung durch integrale Umweltheilung: Modellprojekt Algerien –
mit **Madjid Abdellaziz**
- 21.02.08 Das Rainbow-Project von Thomas Bertschi – Katalysator einer friedlichen
Zukunft – mit **Paul Christ**

**jeweils Donnerstag, 18 – 21.15 Uhr,
in der Fachhochschule für Wirtschaft,
Badensche Str. 50/51, 10825 Berlin-Schöneberg
Nähe U-Bahnhof Bayerischer Platz**

Bücher von Bernd Senf zur Veranstaltungsreihe:

Der Nebel um das Geld. Die blinden Flecken der Ökonomie.
Der Tanz um den Gewinn. Die Wiederentdeckung des Lebendigen.

Dieses Info bitte kopieren und an Interessierte weiter leiten oder auslegen. Danke.

www.berndsenf.de senf@fhw-berlin.de

Einführung in die Arbeiten von Wilhelm Reich

Veranstaltungsreihe von Bernd Senf

- 03.10.07 Ökonomie und Psychoanalyse – mein Weg zu Freud und Reich
- 10.10.07 Von der Psychoanalyse zur Sexualökonomie
- 17.10.07 Charakterpanzer, Krankheit und Körperpsychotherapie
- 24.10.07 Sanfte Geburt und Körperkontakt zur Vermeidung von Panzerung –
mit **Paula Diederichs**
- 31.10.07 Selbstregulierung statt autoritäre Zwangsmoral in der Kindererziehung
- 07.11.07 Neue experimentelle Bestätigungen der Reichschen Orgonphysik –
mit **James DeMeo**
- 14.11.07 Sexualunterdrückung und Massenpsychologie des Faschismus
- 21.11.07 Der Einbruch der sexuellen Zwangsmoral in liebevolle Gesellschaften
- 28.11.07 Auf der Suche nach der bewegenden Kraft der Emotionen
- 05.12.07 Die Bion-Experimente: Der Übergang von nicht-lebender zu
lebender Materie (Biogenese) – (mit neuen Videos)
- 12.12.07 Orgon-Akkumulator und Orgon-Akupunktur – Grundlagen
bioenergetischer Heilung
- 19.12.07 Physikalische Erforschung der Orgonenergie (mit neuen Ergebnissen
experimenteller Überprüfung)
- 09.01.08 Bioenergetische Erklärung und Behandlung von Krebs – und der
Reichsche Bluttest (mit neuen Videos)
- 16.01.08 Orgonmedizin in der ärztlichen Praxis – mit Dr. med. **Heike Buhl**
- 23.01.08 Kopfpanzerung und Psychose – Wilhelm Reichs Schizophrenie-Forschung
- 30.01.08 Radioaktivität, Elektrosmog und bioenergetische Übererregung („Oranur“)
- 06.02.08 Bioenergetische Wetterarbeit („Cloudbusting“) zur Dürrebekämpfung
- 13.02.08 Kosmische Orgonenergie und Wirbelbewegung – Reichs Kosmologie
- 20.02.08 Wilhelm Reichs Methode zur Erforschung des Lebendigen
(„Orgonomischer Funktionalismus“)

**jeweils Mittwoch, 18 – 21.15 Uhr,
in der Fachhochschule für Wirtschaft,
Badense Str. 50/51, 10825 Berlin-Schöneberg
Nähe U-Bahnhof Bayerischer Platz**

Bücher von Bernd Senf zur Veranstaltungsreihe:

Die Wiederentdeckung des Lebendigen.
Nach Reich (hrsg. zusammen mit James DeMeo).
Artikel in der Wilhelm-Reich-Zeitschrift „emotion“ (1 – 8)

Dieses Info bitte kopieren und an Interessierte weiter leiten oder auslegen. Danke.

www.berndsenf.de senf@fhw-berlin.de

